

Untersuchungsausschuss Stammstrecke

Der Ausschuss aus – und alle Fragen offen

Mitte Juni hat der vom bayerischen Landtag eingesetzte Untersuchungsausschuss Stammstrecke die Zeugeneinvernahme abgeschlossen. Zuletzt standen Horst Seehofer und Markus Söder dem Ausschuss Rede und Antwort.

Horst Seehofer nahm auf eigenen Wunsch auf dem Zeugenstuhl Platz, und als „elder statesman“ gestaltete er seine Ausführungen fast im Stil einer politischen Vorlesung. Man brauche ein gewisses Grundvertrauen in die Abläufe, ohne dieses Vertrauen „können Sie Dinge nicht gestalten“ ließ er die Ausschussmitglieder wissen.

Ihm liege jeglicher Gigantismus fern, beteuerte Seehofer, um dann den Tunnelbau für die 2. S-Bahn-Stammstrecke durch die Münchner Innenstadt als „ganz wichtiges Infrastrukturprojekt“ herauszustellen. Zu seiner Zeit habe es bei den vier Treffen mit den Spitzen der Bahn vorbereitete Zahlen gegeben. „Wir hatten Kosten und Zeitplan im Griff“, unter seiner Amtsführung war diese Baustelle „Chefsache“. Mit monatlichen Berichten ließ er sich auf dem Laufenden halten und übte nach eigenen Worten so einen gewissen Druck auf alle Projektbeteiligten aus. Und wenn es sein musste, dann schaltete er sich auch selbst ins Geschehen ein. Als Umplanungen bekannt wurden – Bau der U 9 oder der Laimer Umweltschleife – griff er sofort ein, schrieb einen Brief an Bundesverkehrsminister Dobrindt, um klar zu machen, dass es wegen der neuen Planungen zu keiner zeitlichen Verzögerung kommen dürfe. Der seinerzeit avisierte Fertigstellungstermin Mitte der 2020er Jahre sei „nicht verhandelbar“.

Erreicht hat Seehofer mit dem Schreiben nichts. Der Termin der Fertigstellung rückte in immer weitere Ferne. 2018 wechselte Seehofer in die Bundespolitik, die 2. S-Bahn-Stammstrecke war für ihn kein Thema mehr. Wenige Tage später schloss der Untersuchungsausschuss Stammstrecke mit der Befragung von Seehofers Amtsnachfolger Markus Söder die Zeugeneinvernahme ab.

Dieser schob alle Probleme – aus dem Ruder laufende Kosten und eine erhebliche Zeitverzögerung der Inbetriebnahme des Tunnels – der Bahn in die Schuhe. „Belastbare Zahlen gab es nicht“, gab Söder wiederholt zu Protokoll. Zugleich



Fühlt sich nicht verantwortlich am Desaster der 2. S-Bahn-Stammstrecke: Ministerpräsident Markus Söder, flankiert von Jürgen Baumgärtner (CSU, links im Bild) und Bernhard Pohl (Freie Wähler)

wiegelte er trotz der desaströsen Entwicklung rund um das Tunnelprojekt ab: „Ich sehe keinen Skandal“, schließlich sei es allgemeine Erfahrung, dass große Projekte teuer würden und länger dauerten, als ursprünglich angenommen. Der Tunnelneubau war „ab und zu“ Thema im Kabinett. War er Chefsache wie bei seinem Amtsvorgänger? Nur dann, wenn es etwas zu entscheiden galt. Aber ohne verlässliche Zahlen? Als Maxime galt die Informationsbeschaffung, und die fiel in das Ressort des zuständigen Ministeriums.

Hat Söder selber eingegriffen, um belastbare Zahlen von der Bahn zu bekommen? Seiner Erinnerung nach nicht, das sei „ureigene Sache“ der Fachministerin gewesen. Zudem: Ein energisches Auftreten gegenüber der Bahn bewirke aus seiner Erfahrung nichts. Die Bahn

sei Kritik gewohnt. Er habe sich um andere Dinge kümmern müssen. Es herrschte Corona, da ging es um Leben und Tod, er habe das Land retten müssen.

Nun lagen dem Ausschuss zahlreiche schriftliche Vermerke und Dokumente vor, die nahelegen, dass die Staatskanzlei bereits im Jahr 2020 auf die Dramatik der Kostenexplosion und das in weite Ferne rückende Datum der Fertigstellung aufmerksam gemacht wurde. Aus Vermerken geht weiter hervor, dass das Thema Stammstrecke nicht wohlgefallen (kein „Gewinnthema“) und eine „dilatatorische“ Behandlung wünschenswert sei. Was heißt eigentlich „dilatatorisch“, wollte Söder wissen, der während seiner Befragung zeitweise Semmel kaudend mit vollem Mund sprach. Er ließ sich aufklären, dass damit eine verzögernde Befassung gemeint sei. Die ihm vorgehaltenen Vermerke

kenne er nicht, so Söder. Sie seien nicht Position der Staatskanzlei, sondern sie gäben die Sichtweise des Mitarbeiters wider. „Die These ist Quatsch“, wies er den Verdacht zurück, die Staatskanzlei habe zu Gunsten ihres Chefs und seiner politischen Ambitionen (Kanzlerkandidatur?) Einfluss genommen.

Einen Tag vor Söders Auftritt vor dem Landtagsuntersuchungsausschuss hat der Bund Naturschutz in Bayern nochmals den sofortigen Stopp der Tunnelarbeiten und einen Ausbau des Stüdrings gefordert. Söder hält an dem Projekt, dem „Jahrhundertbauwerk“, fest. Inge Aures, die für die SPD im Untersuchungsausschuss sitzt, legte in Söders Gegenwart nochmals ein Bekenntnis ihrer Partei zum Tunnelneubau ab.

Wie geht es weiter? Der Untersuchungsausschuss wird die Zeugenaussagen bewerten und einen Abschlussbericht erstellen. Regierungsmehrheit und Opposition kommen wahrscheinlich zu einer

unterschiedlichen Einschätzung der Verantwortlichkeit für die Kostenexplosion, den Zeitplan und für die hinausgezogene Information von Landtag und Öffentlichkeit.

„Die Entscheidung ist von der Politik getroffen worden“, hatte Seehofer vor dem Ausschuss unterstrichen. Auftraggeber des 2. S-Bahntunnels ist das Land Bayern. Damit trägt es eine besondere Verantwortung für einen gut funktionierenden S-Bahnverkehr in München und in der umgebenden Region.

Ab dem Jahr 2008 waren sechs wechselnde Ministerinnen und Minister für das bayerische Verkehrsressort zuständig. Leidtragende des Desasters rund um die 2. S-Bahn-Stammstrecke sind die Fahrgäste der Münchner S-Bahn. Für die hatte Seehofer ein besonderes Lob bereit: „Was die Bevölkerung hinnimmt, muss man mit Dankbarkeit quittieren.“

anb

Volksbegehren

Bayerns Wahlalter auf 16 senken

„Politische Haltung ist keine Frage des Alters“, findet ein überparteiliches Bündnis, hinter dem in seltener Einmütigkeit die Ampelparteien SPD, Bündnis 90/Die GRÜNEN und die FDP stehen (neben Volt und den Jugendorganisationen von Kirchen, Gewerkschaften und Jugendverbänden). Zu den Erstunterzeichnenden gehören Katharina Schulze und Martin Hagen.

Bayern gehört bezüglich 'Wählen mit 16' zu den Schlusslichtern der Bundesrepublik. In elf Bundesländern ist dies bereits Realität: auf Landtags- oder Kommunalebene, zum Teil sogar auf beiden. Dass es trotz der breiten Erprobung zu einem Volksbegehren kommt, hat vor allem mit der Blockadehaltung der konservativen Staatsregierung, unterstützt von ihren Fraktionen (CSU, Freie Wähler) sowie der AfD zu tun.

Bis am 14. Juli 2023 werden Unterschriften gesammelt. Informationen finden sich unter <https://vote-16.de/>

Material und Unterschriftenlisten können unter unterschreiben@vote-16.de angefordert werden.

Kommentar

Die Jugend muss in Zukunft ausbilden, was die Politik von heute anrichtet - Stichwort Klimaerwärmung, Verkehrswesen, Gesundheit oder Soziales. Da ist es nur recht und billig, wenn sie mitreden darf, aktiv!

Ich erinnere mich, wie ich mich als 16-Jährige ärgerte, dass ich auf den harten Ferienjob in einer Gärtnerei Sozialabgaben entrichten musste, aber weder abstimmen noch wählen durfte. Als Wahlhelferin bei den Europawahlen 2019 habe ich beobachtet, wie desorientierte Betagte gleich mehrere Listen einwerfen wollten und mehr als einer Person eingeflüstert wurde, was sie zu tun hätte. Gegen oben gibt es keine Altersbegrenzung, gegen unten unbegrenztes Misstrauen. Das muss sich ändern.

unk

Anzeigen

druck WERK
Schwanthalerstraße 139, 80339 München
Fon (089) 502 99 94, Fax (089) 502 86 06
e-mail team@druckwerk-muenchen.de
Internet www.druckwerk-muenchen.de
Mo-Fr 8.30 – 12.00 Uhr, 13.00 – 17.00 Uhr

Satz
Gestaltung
Offsetdruck
Verarbeitung

Café im Hinterhof
München - Haidhausen
Sedanstraße 29
Tel. 089/ 448 99 64
täglich 8 - 20 Uhr
Sonntag 9 - 20 Uhr

Anzeigen

buch & töne

Ausgesuchte Bücher, Hörbücher und Musik zum feinen Preis in wohlthuender Atmosphäre. Wir freuen uns über Ihren Besuch!

buch & töne Buchhandlung & Modernes Antiquariat
Weißburger Straße 14, 81667 München
Telefon 089-44 10 94 76, www.buchundtoene.de